

# INF -DIENST

PRÄSIDIUM DER VVN – BUND DER ANTIFASCHISTEN –

Nr. 11/ 3. Jg.

April 1976

## Straßburg, März 1976

INTERNATIONALE MANIFESTATION  
GEGEN DIE BERUFSVERBOTE



### INHALT

Bedeutung der internationalen Manifestation von Straßburg	Seite 1
Die in Straßburg gehaltenen Reden	Seite 3
Entschließung an das Europa-Parlament gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland	Seite 10

## 1.) DIE BEDEUTUNG DER INTERNATIONALEN MANIFESTATION VON STRASSBURG

9 000 Bürger aus fünf westeuropäischen Staaten demonstrierten am 13. März 1976 in Straßburg gegen die Berufsverbote in der BRD. Sie waren dem Aufruf von fünf Widerstandsorganisationen (Federation Nationale des Deportés et Internes Résistants et Patriotes aus Frankreich, Front de l'Indépendance Confederation aus Belgien, VVN - Bund der Antifaschisten aus der BRD, Antifascistische Oud-Verstijden — Bond van Anti-Fascisten aus den Niederlanden, Reveil de la Résistance aus Luxemburg) und der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer gefolgt.

Der Kampf gegen die Berufsverbote hat durch die Demonstration der 9 000 in Straßburg eine neue Qualität bekommen. Er findet jetzt auf internationaler Ebene statt. Es ist den bundesdeutschen Demokraten gelungen, Europas Demokraten auf die Gefahren, die in der BRD der Demokratie und der Freiheit drohen, aufmerksam zu machen.

Dadurch ist deutlich geworden, daß Berufsverbote in der Bundesrepublik keine inneren Angelegenheiten sind, daß sie nicht als Randerscheinungen behandelt werden und daß sie nicht dem Demokratieverständnis der meisten europäischen Staaten, auch der EG-Staaten, entsprechen. Hier bieten sich gute und neue Ansätze für den Kampf gegen die Berufsverbote. Er kann fortan im Konsens mit den europäischen Demokraten geführt werden.

Die Demonstration ehemaliger Widerstandskämpfer und der Antifaschisten hat zudem die europäische Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß sich im Denken und Handeln bundesdeutscher Politiker eine Kontinuität autoritärer und faschismusnaher Tradition erhalten hat. Die europäischen Antifaschisten sind wieder einmal angetreten, um gegen Gefahren, die vom Boden eines deutschen Staates drohen, anzukämpfen. Sie zeigen damit auch auf, daß die Bundesrepublik sich von den antifaschistischen Erkenntnissen, die noch das Grundgesetz entscheidend mitgeprägt haben, weit entfernt hat. Das aber bedeutet zugleich, daß Europa im Geiste von Helsinki erst dann wirklich antifaschistisch, demokratisch und friedensfördernd sein kann, wenn die Politik und die Praxis der Berufsverbote in der BRD gefallen sind. Andernfalls bildet diese Politik auch eine Gefahr für die demokratische Entwicklung in anderen europäischen Staaten. Diese Erkenntnis ist eine der wichtigsten Ergebnisse von Straßburg. Die antifaschistische Solidarität mit den Opfern der bundesdeutschen Berufsverbotspraxis ist somit auch Kampf um ein Europa nach dem Willen der Völker.

Drei Fraktionen, die liberale, die sozialistische, die kommunistische und das Präsidium des Europaparlamentes haben die Delegation der ehemaligen Widerstandskämpfer und der Berufsverbotsopfer empfangen. Schon die Tatsache allein ist ein Politikum. Sie unterstreicht die erkannte Gefahr ebenso wie die allgemeine Sorge um die Entwicklung in der BRD. Bezeichnend ist weiter, daß keine Fraktion das Problem beiseiteschob. Von allen Seiten wurde seine Dringlichkeit anerkannt. Die europaweite Diskussion um die Berufsverbote hat begonnen. Sie kann nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt werden. Das beweisen die sich verstärkenden warnenden Berichte und Kommentare in vielen west- und nordeuropäischen Zeitungen.

Natürlich kann nicht mit einer kurzfristigen Wirkung der Demonstration von Straßburg gerechnet werden. Die Demonstration war nur ein erster Höhepunkt. Weitere Aktionen werden und müssen folgen. Dann wird sich langfristig der Erfolg zeigen.

Heute kann jedoch schon gesagt werden, daß die Herrschenden in der BRD die Reaktion aus den west- und nordeuropäischen Staaten mit Unbehagen und Unsicherheit registrieren. Sie versuchen, die Warnungen herunterzuspielen oder als eine antideutsche Hetzkampagne abzuqualifizieren. Nach Straßburg haben sich dazu ihre Sprachrohre, die FAZ und die „Welt“, natürlich ohne Straßburg zu erwähnen, geäußert.

Die FAZ (17.3.1976) leugnet schlicht die Existenz der Berufsverbote und redet von Gefühlsaufwallungen, vom „Gerede vom Radikalenerlaß“. Dabei gibt die FAZ unumwunden zu, daß sich Berufsverbote nur gegen Linke, vorneweg gegen Kommunisten, richten. „Die Frage war, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kraft aufbringe, in der Sprache der Gesetze zu sagen, daß organisierte Kommunisten — um sie handelt es sich heute, wenn von einer potentiellen Gefahr für den Staat die Rede ist, eines Tages können es Rechtsradikale sein — nicht berufen sind, Hoheitsgewalt in diesem Staate auszuüben. . .“

Die „Welt“ (1.4.1976) geht offener vor als die FAZ. Sie eifert und wütet gegen die Solidarität der europäischen Demokraten mit den bedrängten und verfolgten Demokraten in der BRD. In Nazimaniere fälscht sie die Solidarität in antideutsche Ressentiments um. „Gegen die Bundesrepublik ist in einigen westlichen Ländern eine regelrechte Hetzkampagne in Gang gebracht worden“. Besonders erschreckt zeigt sich die

„Welt“ von der Tatsache, daß Demokraten unterschiedlichster Richtungen vor den Berufsverboten warnen. Das lautet bei ihr so: „Ungerührt lancieren sie ihre Märchen von der 'faschistischen Hexenjagd auf Demokraten', die angeblich in der Bundesrepublik im Gange ist, wobei sich französische Gauchisten, holländische Kommunisten und schwedische Pharisäer gegenseitig mit Tatarenmeldungen zu übertreffen suchen“. Und die „Welt“ weiß auch, worum es in Wirklichkeit geht, nämlich darum, „daß sich der Zeitgeist in Deutschland nicht . . . in Richtung Volksfront bewegt“. Das aber wollen, immer nach der „Welt“, Westeuropas Demokraten mit ihrem Kampf gegen die Berufsverbote erzwingen. Unfreiwillig gibt die „Welt“ damit aber die Absicht, die die Herrschenden mit der Waffe der Berufsverbote verfolgen, zu erkennen: Berufsverbote als Instrument gegen Fortschritt und gesellschaftliche Veränderung.

Die Herrschenden wollen die Stagnation, wie sie in der BRD herrscht, auch auf andere Staaten Europas übertragen. Doch das wiederum ist nur eine Bestätigung dafür, wie notwendig die Solidarität der Demokraten und Antifaschisten ist. Die Unruhe, die die Herrschenden hierzulande ergriffen hat, zeigt darüber hinaus, wie wirksam schon die Solidarität ist. Die Demonstration von Straßburg zeigt also bereits ihre Wirkung. Es gilt, sie in der Zukunft zu verstärken — durch neue Aktionen, durch weiteren Druck vom westlichen Ausland auf Bonner Berufsverbote. Die antifaschistische Solidarität kann und wird sie in die Schranken weisen.